

Call for Papers für die Tagung

„Stadt/Recht/Teilhabe: Urbane Konflikte um gesellschaftliche Ressourcen“

Sektionstagung der Stadt- und Regionalsoziologie
Berlin, 14 und 15. November 2013
mit Promovendenworkshop am 13. November

Auf eine ihrer Schlüsselfragen -- nämlich die nach der lokalen Dimension ‚gesellschaftlicher Teilhabe‘-- hat die kritische Stadtforschung konzeptionell mit der Debatte um Urban Citizenship reagiert. Gemeint ist ‚Stadtbürgerschaft‘ oder auch ‚Wohnbürgerschaft‘ im Sinne einer lokal-spezifischen Verankerung von Rechten und Pflichten, aber auch Alltagspraxen und soziale Bewegungen, über die der Zugang zu öffentlichen Gütern, Diensten und Ressourcen, die Prozedere der politischen Teilhabe, die Anerkennung kultureller Identitäten usw. ausgehandelt, kodifiziert und reguliert werden.

Seit Ende der 1980er Jahre hat der an T.H. Marshall angelehnte (Urban) Citizenship Begriff eine kritische und höchst produktive Debatte um die lokale Dimension des Zugang zu und der Verteilung von gesellschaftlichen Ressourcen angeregt. Im Gegensatz zu Marshall hat sich jedoch der Kontext und die Stoßrichtung der Citizenship-Debatte in mindestens dreierlei Hinsicht gewandelt: Erstens muss die Frage gesellschaftlicher Teilhabe heute vor dem Hintergrund der (neoliberalen) Krise des Wohlfahrtsstaates, struktureller Arbeitslosigkeit und sozialer Ausgrenzungsprozesse diskutiert werden. Zweitens stellen sich mit den aktuellen Dynamiken internationaler bzw. transnationaler Migration auch neue Fragen von Zugehörigkeit, Teilhabe und Diversität. Drittens verschieben sich im Prozess der ökonomischen und politischen Globalisierung die Ebenen, auf denen politische, soziale und kulturelle Rechte bereitgestellt werden. Es verändern sich die Kompetenzen und Machtverhältnisse zwischen nationalen Regierungen, supranationalen Institutionen und der lokalen Ebene.

Gleichwohl die Debatte um Urban Citizenship derlei Entwicklungen konzeptionell und empirisch in den Blick nimmt, gilt es den Begriff selbst auch zu problematisieren. So legen Arbeiten, die mit dem Urban Citizenship Begriff operieren, meist nahe, dass die städtische bzw. lokale Ebene sich besonders gut dazu eigne, eine progressive und inklusive Politik voranzutreiben. Dynamiken der Fragmentierung von Interessen, aber auch der Aushöhlung von Rechten, die sich im Zuge eines ‚downscaling-Prozesses‘ auf die lokale Ebene vollziehen, werden dagegen tendenziell ausgeblendet. Auch in anderen Bereichen gilt es, den Begriff Urban Citizenship einer Kritik zu unterziehen, Überschneidungen und Widersprüche zu anderen Begriffen und Debatten herauszuarbeiten, um eine zeitgemäße, gesellschaftskritische Stadtforschung voranzutreiben.

Vor diesem Hintergrund soll sich die geplante Veranstaltung einerseits mit der Frage nach Konflikten um Rechte, Ressourcen und Teilhabe auf städtische Ebene beschäftigen, andererseits ausgehend von der Urban Citizenship Debatte die analytischen Konzepte in den Blick nehmen, die der (kritischen) Stadtforschung derzeit zur Verfügung stehen, um diese Frage überhaupt bearbeiten zu können.

Panel 1: Spatial Profit und die Reproduktion von Ungleichheit (Prof. Dr. Talja Blokland)

Obwohl innerhalb Deutschlands die empirischen Grundlagen zu Nachbarschaftseffekten sehr gering und nicht aussagekräftig sind, zeigt die Praxis, dass Bürger in Großstädten verschiedene Bezirke und Quartiere unterschiedlich beurteilen. Das verweist darauf, dass Bürger bereits aus ihren Möglichkeiten und Ressourcen heraus unterschiedliche Erwartungen an ihre Stadt mitbringen. Mit Bourdieu (1999) kann man argumentieren, dass spezifische Orte die Bürger in die Lage versetzen, ihre Positionen zu verfestigen und zu reproduzieren ("Spatial Profit" Bourdieu 1999). Ziel dieses Panels ist es, die Idee von Spatial Profit und seine Verbindung zu sozialem, kulturellem und ökonomischem Kapital zu durchdenken. Dieses Panel lädt Beiträge ein, die:

1. Die These der Nachbarschaftseffekte in Deutschland, auch in vergleichender Perspektive, empirisch untersuchen.
2. Die Frage stellen, wie unterschiedliche Quartiere als Orte der Ressourcen unterschiedliche Möglichkeiten zur Citizenship im breiteren Sinne und die Reproduktion von mit Citizenship verbundenem sozialen Status herstellen, und dies empirisch und theoretisch betrachten.

Panel 2: Partizipative Stadtpolitik und Urban Citizenship: Was zählt das Setting? (Dr. Henrik Lebuhn)

In der Stadtforschung werden Instrumente und Mechanismen der Partizipation als wichtiger Beitrag zur Realisierung der demokratischen Teilhabe und zur Vermittlung von Konflikten in der Stadt diskutiert. Beteiligungsverfahren an Stadtplanungsprozessen, BürgerInnenhaushalte, Runde Tische, aber auch Quartiersmanagements und Public Private Partnership Projekte sollen die Teilhabe zivilgesellschaftlicher Akteure an der Stadtpolitik, an Rechten und Ressourcen stärken. Doch während partizipative Instrumente einerseits als demokratische und unverzichtbare Errungenschaften der städtischen sozialen Bewegungen der 1970er und 1980er Jahre gelten, werden sie andererseits oft als Kooptionspolitiken und als gouvernementale Regierungsstrategien kritisiert. Eine systematische Reflektion darüber, in welchen unterschiedlichen Kontexten und unter welchen Bedingungen partizipative Verfahren jeweils zur Anwendung kommen, ob und wie dies den Gehalt von Partizipationsprozessen möglicher Weise beeinflusst, kommt dabei oft zu kurz. Auf diesem Panel sollen die Grenzen und Möglichkeiten ausgelotet werden, die partizipative Instrumente im Hinblick auf eine Stärkung unterschiedlicher Urban Citizenship-Dimensionen bieten. Dabei sollen nicht nur bestimmte Instrumente und Verfahren diskutiert werden, vielmehr sind auch die jeweiligen lokalen Rahmenbedingungen von Interesse, sowie die Frage, welchen Einfluss sie auf den Gehalt, den Verlauf und das Ergebnis von Beteiligungsverfahren haben. Wir suchen empirisch informierte Vorträge, die die Problematik und ihre zahlreichen Teilaspekte -- gern auch aus vergleichenden Perspektive -- diskutieren.

- Welche Rolle spielen lokal-spezifische Akteurskonstellationen und Strukturen für eine Stärkung bzw. Schwächung partizipativer Stadtpolitik?
- Wie reproduzieren sich lokale Machtasymmetrien in Beteiligungsverfahren, bzw. unter welchen Bedingungen lassen sie sich vielleicht neutralisieren?
- Wie wirken sich unterschiedliche fiskalpolitische Situationen in Städten und Kommunen auf Partizipationsmöglichkeiten aus?
- Eignen sich Partizipationsinstrumente besonders zur Stärkung bestimmter Teilhaberechte, aber weniger für andere? Und wenn ja, warum? Ist dies von Ort zu Ort unterschiedlich?

- Welche Rolle spielen lokal-spezifische Settings für die Verengung bzw. Vorstrukturierung von Partizipationsmöglichkeiten durch bürokratische bzw. formale Verfahren?
- Wann führen starke soziale Bewegungen in der Stadt eher zu einer Stärkung auch formalisierter/institutionalisierter Partizipation und zu einer produktiven ‚Arbeitsteilung‘ -- und vice versa – und wann kommt es eher zu einer Schwächung und zu Konkurrenzen zwischen institutioneller Beteiligung und sozial bewegtem Protest?

Panel 3: Urban Citizenship als Privileg? (Henrik Schultze)

Der Begriff Urban Citizenship dient nicht nur zur analytischen Konzeptionalisierung der Teilhabe an demokratischen Prozessen und gesellschaftlichen Gütern in der Stadt; er ist auch normativ stark aufgeladen, soll und will inklusiv und klassen- bzw. schichtübergreifend wirken. Folglich stellt sich die Frage nach der sozialen bzw. kulturellen Selektivität des Zugangs zu Urban Citizenship. Aus der Perspektive der Ungleichheitsforschung gilt es mit Blick auf die unterschiedlich verteilte Kapitalausstattung von Individuen und Gruppen zu fragen: Was bedeutet das Konzept z.B. für den arbeitslosen Malergesellen oder die alleinerziehende Mutter ohne Schulabschluss? Wie werden diese Gruppen z.B. in partizipative Verfahren einbezogen bzw. wollen sie überhaupt einbezogen werden? Erweisen sich Partizipations- und Inklusionsstrategien, die unter dem Begriff Urban Citizenship zu fassen wären, in der Realität für bestimmte Gruppen als nutzlos, da sie nicht über die subtilen kulturellen Codes und spezifischen Ressourcen als Zugangsvoraussetzungen verfügen? Können marginalisierte Gruppen durch Urban Citizenship zu mehr Teilhabe mobilisiert werden, oder werden durch Zugangsbeschränkungen einige Gruppen bevorzugt, während sich die Exklusion anderer Gruppen weiter verstetigt? Wir suchen empirische wie auch theoretisch-konzeptionelle Vorträge, die sich aus der hier skizzierten Perspektive mit der Urban Citizenship-Problematik befassen und zu einer kontroversen Diskussion einladen.

Panel 4: Citizenship zwischen Staat, Stadt und Sozialen Bewegungen

(Dr.Andrej Holm)

Urban Citizenship wird nicht nur als Forderung von sozialen Bewegungen erhoben sondern hat vor allem in Ländern des Südens Eingang in staatliche und parastaatliche Diskurse des „guten Regierens“ gefunden. Auch in europäischen Städten werden Konzepte einer Urban Citizenship diskutiert. Insbesondere Momente der Beteiligung und Eigenverantwortung stehen dabei nicht im Widerspruch zu den massiven Einschnitten in den sozialen Sicherungssystemen.

Die Aushöhlung des Wohlfahrtsstaates und die Neuordnungsprozesse des Städtischen haben eine tiefgreifende und fortlaufende Rekonfiguration lokalstaatlicher Regierungsarrangements hervorgebracht. In den Analysen zur neoliberalen Transformation der Stadtpolitik werden neben Roll-back-Strategien auch Roll-out-Momente beschrieben, die Beteiligungselemente, soziale Ausgleichstrategien und eine Erweiterung lokalpolitischer Spielräume beinhalten können. In der Sitzung soll am Beispiel der Auseinandersetzungen um eine Urban Citizenship das Verhältnis zwischen den Forderungen Sozialer Bewegungen und Strategien der (Urban) Governance diskutiert werden.

Fragen in diesem Zusammenhang sind unter anderem:

- Welche Rollen spielen Konzepte einer Urban Citizenship in aktuellen Debatten der Stadtpolitik? Wie gelangen Forderungen und Themen von Sozialen Bewegungen auf die Agenda der Stadtpolitik?
- Welche Aspekte der Forderungen nach Urban Citizenship werden in stadtpolitischen Gesetzen und Instrumenten aufgegriffen? Welche Forderungen sind nicht in Praxis des lokalen Regierens zu integrieren?
- Wie reagieren insbesondere Soziale Bewegungen auf eine erfolgreiche Integration der eigenen Forderungen in das lokalstaatliche Handeln? Unter welchen Bedingungen erlangen Forderungen nach einer Urban Citizenship einen transformatorischen Charakter?

Für die Diskussion gesucht werden sowohl konzeptionelle als auch empirische Beiträge. Eine internationale oder vergleichende Perspektive ist willkommen.

Panel 5: Infrastrukturen des Städtischen (Dr. Christine Hentschel)

Infrastrukturen des Städtischen sind mehr als nur Kanalisation, U-Bahnschacht und Datenhighway; sie entstehen in Vertrauensbeziehungen, Mechanismen der politischen Mitbestimmung und in den mannigfaltigen „deals“ (Simone) die Städter miteinander eingehen. Infrastrukturen des Städtischen sind oft kurzlebig und prekär, bisweilen Ergebnis von Improvisation, Neuerfindung und Recycling älterer Strukturen. Mit diesem Panel möchten wir neu über den Begriff der urbanen Infrastruktur nachdenken und dabei seine materiellen, sozialen, politischen Dimensionen konzeptionell miteinander verweben. Urban citizenship, das ist der Leitgedanke dieses Panels, braucht Infrastrukturen der Ermöglichung.

Im Hintergrund steht eine konzeptionelle und methodologische Herausforderung für die deutsche Stadtsoziologie: Wie lassen sich stadtforscherische Innovationen aus anderen Orten der Welt auf die Analyse urbaner Phänomene hierzulande nutzbar machen? Was sagen uns Konzepte wie „people as infrastructure“ (Simone) oder „Informalität als eine das Städtische organisierende Logik“ (AlSayyad and Roy) über das Funktionieren von sozialen Verbindlichkeiten und Vertrauensbeziehungen in unseren Stadtvierteln? Inspiriert von solchen Ideen laden wir Redebeiträge ein, die ihre empirischen Arbeiten auf eine konzeptionelle Debatte um das Entstehen, die Ressourcenfähigkeit und die Zugänglichkeit von Infrastrukturen des Städtischen beziehen.

Panel 6: „Kinder- Recht auf Stadt“ (Pia Debuschewitz)

Eltern sind für Kinder einer der wichtigsten Ressourcen für ihre Entwicklung. Die heutige Familienpolitik verfolgt das Ziel, Kinder unabhängig von ihrer sozialen Herkunft zu fördern (Beispiel UN Kinderrechtskonvention, Kindergrundsicherung.). Kinder als aktiv handelnde Akteure erkunden ihre Umwelt. Die Stadt kann wichtige Ressourcen für Kinder bereitstellen, die unabhängig von ihrer sozialen Herkunft zugänglich gemacht werden können. Kinder sind kleine Bürger mit Rechten und Teilhaber an ihrer Stadt. Die Wohnverhältnisse, die Umweltbelastungen, die Spielmöglichkeiten, die Beziehungen in der Nachbarschaft und die Unterstützungsleistungen sind wichtig für ihr Wohlbefinden. Eine Vielzahl an Infrastrukturangeboten, wie ausreichende sichere und saubere Grün- und Spielmöglichkeiten, gute Kindergruppen, Kindergarten bzw. Kindertagesstätten und Schulen sind einige Beispiele,

die die kindliche Entwicklung positiv fördern können. Da die Auswahl des Wohnortes von den monetären Ressourcen abhängig ist, leben Kinder aus ärmeren Familien häufiger in umweltbelasteten Vierteln, vermehrt an stark befahrenen Straßen, in schlechten Wohnbeständen und in schlechteren Nachbarschaften. Durch die Agglomeration dieser Nachteile kann es zu einer Segregation in Stadtgebieten kommen, die die kindliche Entwicklung beeinträchtigen und zu einer Exklusion der gesellschaftlichen Teilhabe führen kann. In diesem Panel soll diskutiert werden, inwiefern die Stadt in der Debatte um Urban Citizenship Kinder als eigenständige Bürger begreifen muss und ob die Stadt nicht mehr Ressourcen als die Familie bereitstellen kann, die jedem Kind gemacht werden können.

Vortragsvorschläge (Abstracts in der Länge von ca. 200 bis 300 Wörtern) bitte bis zum **31.08.2013** an a.holm@sowi.hu-berlin.de (Dr. Andrej Holm) und debuschp@hu-berlin.de (Pia Debuschewitz)

Organisation: Prof. Dr. Talja Blokland, Dr. Andrej Holm, Pia Debuschewitz
(Humboldt-Universität zu Berlin)